

Kurier für Niederbayern

Jahrgang 71 — Nummer 337 — 10. Dezember 1918

Die Reichsfinanzlage. Verlängerung des Waffenstillstands? — Ruhe in Berlin. - Die Franzosen in Mainz.

" Unter diesem schönen Titel schreibt "Die Freiheit", das Organ der Unabhängigen über die Berliner Ereignisse in einem Leitartikel. Darin wird die Sache so dargestellt, als be triebe "die ganze Presse vom "Vorwärts" über die liberale bis zu den alldutschen Zeitungen" Tag für Tag eine infame Hetze gegen die völlig harmlosen Spartacus-Leute. Tas sei der Grund zur Ermordung' von Unschuldigen. "Tiefe Leu te" trügen "in erster Linie die Verantwortung, gegen dieses Gesindel mutz alles, was zur Revolution hält, sich zur Wehr setzen und ihnen ihr lichtscheues Handwerk legen". Ferner werden die Militärbehörden Berlins angeklagt, und dank kommen "die Renegaten der Revolution" an die Reihe: "die Waltz, Colin Roß, Gerhard, Edler, Spiro, Willner, das Gesindel, das sich an die Reihen der Revolutionäre einzuschlei chen gewußt hatte". Es ist gar nicht zu leug nen, daß sich in die Reihen der Revolutionäre sehr viele zweifelhafte Persönlichkeiten eingeschlichen haben. Fraglich- ist nur, ob all die von der "Freiheit" genannten Personen zu dchz schlimmsten Einschleichen gehören, und ob nicht mindestens ebenso üble, oder üblere Schmarotzer und Abenteurer heute noch dort stehen, wo die "Freiheit" liebevoll den Mantel über alle Sünden deckt. Tie "Freiheit" fordert, daß der "Besudelungskampagne" ein Ende gemacht werde, und sie warnt vor allem die Rechtssotzialisten und ihre Presse. Im Namen der Frei heit, der an der Spitze des unabhängigen Blat tes prangt, wird gefordert, daß niemand die Unschuldigen Spartacus-Leute weiter kränken

dürfe. ! | i L ! □ ' (| i i Wenn schon die "Freiheit" derart tobt, sa ist es nicht zu verwundern, daß die "Rote Fahne" der Spartacusleute noch einigeGrade wilder sich gebärdet. Sie trägt die Ueberschriften: "Arbeiter! Aus zum Wasfenstreit! Heraus aus den Betrieben! Protestiert gegen das Blut bad!" Ihr Leitartikel endet mit dem Appell: Gesindel. "Energie, Geschlossenheit! Festigkeit! Es f Verlangen gestellt, weil alles andere zu spät gilt zu handeln! Tas blutige Verbrechen mutz S kommt. i gehandelt, die Verschwörung der Wels, Ebert, Scheidemann muß mit eiserner Faust nieder gemacht, die Revolution gerettet werden. Nieder mit den Wels-Ebert-Scheidemann und Genossen! Tie ganze Macht an die A.- und Si.-Räte! 1 < Ans Werk! Auf die Schanzen! ZumKampf! Nieder mit den blutbesudelten feigen Verantstal tern des Putsches! > . Hoch die Revolution!" > I Aber die unabhängige "Freiheit" findet, daß die Spartacusleute harmlose Lämmer seien. (i | i i l "Ter Rat der Volksbeauftragten, der so fort alles getan hat, um die Mitglieder des jVollzugsrates zu befreien, die Antastung ih rer Freiheit sowie das entsetzliche Blutvergie ßen in der Chausseestraße zu sühnen, ist ent« geschlossen, gegen jede Verübung von Gewalttä tigkeiten vorzugehen, von welcher Seite sie jauch kommen?" i t ! ! I □ ' ' > ! ! So lesen wir in einer amtlichen Ver- öffentlichung, zu den öbigen Vorgängen. Tas ist also alles, was die offizielle Reichsregierung gegen den unerträglichen Terror zu tun sich getraut. Unter diesen Umständen ist es freilich nicht zu verwundern, wenn die Regierungen der Entente nichts mit der deutschen "Volksvertre tung" zu tun haben wollen, wenn sie dieselbe schneiden. Tatz dies der Fall ist, bestätigt fol gende Meldung: j . Wie die Voss. Ztg. meldet, haben die

'Regierungen der Entente seit vier Wochen also seit Beginn der Revolution, jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsregielung oder mit einzelstaatlichen Regierungen Teutschlands vermieden, auch! «ine Mitteilung darüber, daß die Entente die deutsche Schiff fährt in der Ostsee nichtmehr zulassen wird, ist in Berlin nicht eingegangen; wohl aber hat man die dänische Regierung davon benachjrichtigt. 1 Tatz die Entente auch mit den Organen der Regierung, den Arbeiter- und Soldatenräten in allen besetzten Gebieten kurzen Pro zeß gemacht hat, ist bekannt. Es droht aber auch noch die Gefahr, daß diese auchi noch den Vor wand abgeben müssen, um der Entente zum Einmarsch in Teutschland zu verhelfen. Aus dieser Not heraus sandte die Deutsche demokratische Partei (in die auch die Teutsche Volksparter eingetreten ist) an (giert unb^aafe ein Telegramm, in dem die sofortige, keine Stunde mehr aufzuschiebende Einberufung des Reichstages, der auf demokratischer Grundlage gewählten Vertretung des deutschen Volkes, mit 8 der alleinigen Tagesordnung: Legalisierung des gesetzlosen Zustandes gefordert wird. Nur die Bestätigung der bestehenden Regierung als vom Willen des ganzen Volkes getragen, könne Hel sen. Auch das Armee-Oberkommando 3 hat in einem Funkspruch "An alle Soldaten" dieses "Energie, Geschlossenheit! Festigkeit! Es f Verlangen gestellt, weil alles andere zu spät gilt zu handeln! Tas blutige Verbrechen mutz S kommt. i Tie Auffassung wird von jedem wahren Vaterlandsfreund als richtig anerkannt wer den müssen .Tie Frage ist nur die, ob die gegenwärtige Reichsregierung die Macht hat, mit der nötigen Energie

das Reich aus seiner ver zweifelten Lage zu befreien. Tie amtlicheVeröffentlichung zu den letzten Berliner Ereignis sen lassen trotz der energischen Sprache die Hoffnung hierauf völlig schwinden.

sie aw 4. Januar zur allgemeinen Einsicht aufgelegt werden. Tie Listen müssen vom 4. bis 6. Januar ununterbrochen — also auch am Sonntag den 5. Januar — von morgens 8 | Uhr bis abenbß 7 Uhr aufliegen. Etwaige Ein" spräche sind so rasch zu verbescheiden, datz sie bei Abschluß der Listen am 10. Januar insi gesamt erledigt find. i i Tie von den militärischen Stellen her gestellten Wählerlisten müssen am 3. Januar in den Händen der Gemeindebehörden sein, da| mit diese sie mit den von ihr hergestellten Listen zur allgemeinen Einsicht auflegen können. i Tas Wahlrecht ist allgemein, gleich!, ge heim und unmittelbar. Gewählt wird nach der Verhältniswahl, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Tie Zahl der Abgeordneten beträgt 180; seither waren es 163. Von den Abgeordneten werden 163 in einem Wahlgang in den bis herigen 133 Wahlkreisen, die als Stimmkreise gelten, aus Grund von Wahlvorschlängen ge wählt; 17 Abgeordnete werden aus die einzelnen Wahlvorschlänge nach, dem Verhältnis ih rer Stimmenzahl verteilt. , Wahlberechtigt in ihrer Wohnsitzgemeinde sind alle Personen männlichen und weiblichejn Geschlechts, die am Wahltag das 20. Lebens jahr zurückgelegt haben und das bayerische[^] Staatsbürgerrecht besitzen. Ausgeschlossen sind Entmündigte, unter vorläufiger Vormundschaft Stehende und die der bürgerlichen Ehrenrechte Entkleideten. Wählbar zum Abgeordneten ist j eder wahl-

berechtigte Staatsbürger männlichen und weib lichen Geschlechts vom vollendeten 25. Lebens jahre an. : | Tie 133 Stimmkreise werden in Stim'mf bezirke zerlegt, die möglichst mit den Gemeindebezirken zusammenfallen müssen, so ferne nicht bei größeren oder aus mehreren Ortschaften bestehenden Gemeinden eine Unterabteilung an gezeigt ist. Tann ist die Einteilung in Bezirke, Tistrikte oder Ortschaften zugrunde zu legen. Kleinere Gemeinden können mit anderen zu einem Wahlbezirke vereinigt werden. Ein Stimmbezirk soll durchschnittlich! 2500 Einwohner, höchstens 3500 Einwohner, nach der Volkszählung von 1910, umfassen. Tie Wahl beginnt morgens 8 Uhr und endigt abends 7 Uhr. j Landes-Wahlkommissar ist der Präsident des Berwaltngsgerichtshofes, der die Wahl leitet und die Ergebnisse feststellt. Spätestens am 18. Januar wird im Sitzungssaal« des Verwaltngsgerichtshofes die Ermfttlung vorge nommen. i (| ; 1 Wenn in der Pfalz zu der angegebene« Zeit keine Wahl möglich sein sollte, kann der Landtag die bisherigen Abgeordneten als Ver treter der Pfälzer Wähler im Landtage an\ erkennen und durch den Präsidenten eijpbe! rufen. i i i ; , • I Die Wahlen zum bayerischen Landtag. München, 9.. Tez. Im amtlichen Teil der Bayer. Staatsztg. wird heute die Be kanntmachung des Ministeriums des Innern über die Wahlordnung für die Wahlen zum neuen Bayerischen Landtag veröffentlicht. Tie Wahlen finden bekanntlich am 12. Januar 1919 statt, Tie Gemeindebehörden haben die Wählerlisten so zu beschleunigen, .datz

Flugblatt des Arbeiter- und

Soldatenrates, soll der Plan der rheinischen Großindustriellen sein, die Arbeiter durch die Ententetruppen süchtigen M lassen. In dem Flugblatt heißt es u. a.: Sie fließen über von wahrer Vaterlandsliebe ünd Kriegsergebenheit, die Herren Großkapitalisten. Sie konnten während jener blutigen Tage alle schmähen und beschimpfen, die nicht willens wären, alles freudig auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern und nicht ihr Al les einzusetzen, und sich die Knochen zerschie ßen lassen wollten im Interesse der Herren Thhssen und Stinnes bis zum letzten Mann. Die Herren Großindustriellen wollten den Kampf fortsetzen und nicht eher Frieden schiften, als bis insgesamt alle Feinde niedergerungen und zu einem deutschen Frieden bereit seien. Die Herren Industrie-Barone im Rhein land und Westfalen, damit ihre Profite noch größer wurden, wollten sie die Arbeiter zur Schlachtbank hetzen. ^ 1 . ' Herr Martens. , , Berlin, 9. Tez. Nach betn Berl. Lok.!Anz. wird nach der bisherigen Untersuchung über die 'versuchte Verhaftung des Vollzugs rates. die am Freitag unternommen wurde, tn deit Kreisen, die sich die Besonnenheit des Ur teils gewahrt haben, dieser Verhastungs'Lersuch nicht als ein gegen die Revolution ge richteter Putsch! angesehen. Soweit die Betei ligung der Soldaten in Frage kommt, scheint es sich lediglich darum gehandelt zu haben, daß diese Leute sich in dem guten Glauben befanden, im Auftrage der Regierung zu handeln und für sie eintreten zu müssen, wozu sich die Regi menter ja verpflichtet haben. Wenn als Fühder der Mannschaften übrigens der Name eines Herrn Martens genannt wird, so handelt es sich tnehr um einen Narrenstreich», als um einen gegenrevolutionären Putsch. Dieser

Herr, ein amerikanischer Bürger-deutscher Abstammung, hat während des Krieges hier einen Weltbund der Wahrheitsfreunde gegründet. Er wollte den Präsidenten Wilson stürzen und dann eine Revolution in Amerika entfachen. Aus dem Reiche. j Vsr kn Sriedeisoerhüll-iWell. Zur Verhaftung von Thyssen und Stinnes. | Roosevelt über Großbritannien und , Mülheim a. Ruhr, 9. Tez. Nach einem | 1 Frankreich.

Aus Bayern. Aus betn Schulprogramm des Bayer. , Lehrervereins. i Die Schule ist Staatsangelegenheit; dar aus ergibt sich über das Verhältnis von Schule und Kirche folgendes: 1. Maßgebend ist der Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit. 1 2. Die Schule ist von der Kirche unabhängig. i i 1 3. Die Schule ist als weltliche Anstalt nach den Grundsätzen der beruflichen Selbstverwaltung von weltlichen Berufsgenossen zu leiten. i 1 i 1 4. Die Kirche hat für die Seelsorge an den Schulkindern volle Freiheit. 5. Kein Kind darf gegen den Willen seiner Eltern zum Besuche des Religionsunterrichts und kein Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden. 6. In den staatlichen Schulen ist jede religiöse Ueberzeugung auf das gewissenhafteste zu schonen. i ' 7. Der Staat überstützt die Kirche bei ihrer Fürsorge in der religiösen Jugenderziehung durch die Ueberlassung von Schulräumen chnd Schulstunden. ' ! □ 1 ; ' 8. Dem Lehrer bleibt das Recht, sich! an der religiösen Unterweisung durch freien Vortrag mit den religiösen Gemeinschaften zu beteiligen. I (- ^ ' I (| □ 1 / ! | 9. Bei der Anstellung von Lehrern an Orten mit geschlossener religiöser Gemeinschaft »der einer

ausgeprägten Mehrheit des Bekenntnisses ist auf die Zugehörigkeit des Lehrers zur betreffenden Kirche Rücksicht zu nehmen. , I ; i . I [I I { ! Li ^ 1 U

Nach einer Reutermeldung aus Newyork sagte Roosevelt in einer Rede über Die Arbeiten der Friedenskonferenz, man müsse ohne Zaudern die Nottwendigkeit anerkennen, daß Großbritannien die größte Flotte der Welt besitze und daß die Vereinigten Staaten unmettelbar nach England in zweitem Range stehen müßten. Gleichzeitig brauche Frankreich, eine stärkere Ärmflätmacht als die Vereinigten Staaten. Die Freiheit der Meere sei eine Phrase, die alles oder nichts bedeute. Würde man sie auslegen, wie man das in Deutschland tue, so würde dies durchaus unheilvoll sein. Man dürfe nicht zu einer Auslegung kommen, durch die die britische Flotte für den Fall eines künftigen Krieges gehindert wäre, nochmals die gewaltigen Dienste zu leisten wie in diesem Kriege. Was bei den Vereinigten Staaten getan haben, tun sie nützt mit den Leistungen Englands, Frankreichs und Italiens verglichen werden. , ; Bis zum letzte«! Heller! ! Nach einer Reutermeldung erklärte Sirb Ehurchill in einer Rede in Tundee u. Wir werden die Deutschen bis zum letzten Heller alles bezahlen lassen, was sie Böses verschuldet haben. Es geht nach dem Grundsatz: Auge um Auge, was ihre Tonnage, ihr Gpld, ihre Obligationen oder anderen Werte anbetrifft. Wir werden jede Form der Entschädigung, vermeiden» die in Deutschland servile Arbeitloedigungen schaffen könnte, da solche »Seölnnungen die Löhne in unserem eigenen Lande drücken würden. Wir werden auf der Friedenskonferenz auf keine

Weise eine Verringerung unserer der Verteidigung gewidmeten Skestrwtrkräfte dulden. Wir haben nicht die Absicht, Uns aus irgendwelchen an uns gelangenden Argumenten oder Appellen zu irgend welchen , Ejschvankungen zu verstehen, die uns die Hände binden würden und die die britische Flotte der Vorherrschaft zur See berauben würde, die sie sowohl verdient und so trefflich verwendet hat. _ i i Vor den Friedensverhandlungen

Böhmen. Plünderungen in Prag. 1 f Prag, 9. Tez. Zurückkehrende Tschechoslowaken plünderten vier Brannzreinläden. Die Miliz feuerte. Zwei Mann wurden erschossen.

Ungarische Volksgericht. i Budapest, 9. Tez. Die Regierung hat ein Gesetz ins Leben treten lassen über die Volksgerichtsbarkeit. Paragraph 1 besagt: Die Strafgerichtsbarkeit in wichtigeren Angelegenheiten, auf jeden Fall in Pressestraftaten und politischen Straftaten versieht das Schwurgericht. Bei Vaterlandsverrat entscheidet das Schwurgericht auch über die Anklageerhebung.. Geschworener kann jeder im Besitz des Gemeindewahlrechts Befindlicher werden. Ungarn.

Belgien. Belgische Wünsche nach Dem Rhein. Das Belgische Tagblatt will am liebsten eine 25 Jahre dauernde belgische Rheinbesetzung wodurch das römische vae vietis nach modernen Begriffen in Anwendung gebracht und in beln Rheinlanden der Wunsch erweckt werden soll, lieber sich an Belgien anzuschließen, als dauernd für es zu arbeiten. i i

Frankreich.

Frankreichs

Zuckerernte. ! > Genf, 9. Dez. Laut Informationen sind die weiteren Aussichten für die französische Zuckererzeugung sehr ungünstig, besonders im Hinblick des Tzukommens der befreiten Gebiete, zu denen auch Elsaß-Lothringen, gerecht net wird. Frankreichs eigene Luckererzeuguog , ist feit 1914—15 von 331 799 Tonnen schon im darauffolgenden Jahre auf weniger als die Hälfte heruntergegangen. Nach einem kleinen Aufschwung 1917 sank sie 1918 wieder erheblich. Als Ursachen werden angegeben die große Trockenheit und das zeitweilige Vorrücken der deutschen Truppen. «'Information meint, die Teutschen seien allem Anscheine nach noch genügend mit Zucker versorgt. Es müsse von ihnen eine Einschränkung ihres Verbrauches zu Gunsten Frankreichs verlangt werden. OhneBedenken könne man von den Teutschen die un verzügliche (!) Lieferung von 200 000 Tonnen Zucker alsGegenleistung für die ihnen ver sprochenen Lebensmittel fordern.

Haldane übet die Vorgeschichte des Krieges. Ter frühere Kriegsminister Haldane sagte über die Vorgeschichte des Krieges laut Nieuwe Rotterdamschen Mourant: Wir haben am Mon tag, den 3. August 1914 um 11 Uhr mobilisiert^ 36 Stunden bevor wir den Krieg erklärt haben.' Tie Mobilisation war keine Kriegserklärung. Wir konnten auch im Frieden mobilisieren, um bereit zu fein. In den wenigen Stunden tziach der Kriegserklärung war mit Hilfe der Flotte das Expeditionskorps über dem Kanal bevor irgend jemand etwas wußte. Tas Detachement erreichte den Kpnzentrationsplatz innerhalb 9 Tagen. Tas war das Ergebnis der damaligen Frage, für welches Ziel

ist eine Expedition notwendig. ' | England.

Amerika und das Kriegsende. ; Nach einer Newhorker Meldung ist bisher kein ernstlicher Nachteil durch die Aufhebung der Kriegsbestellungen entstanden. Ter erste Teil der heimkehrenden Soldaten wird biet; Woche erwartet. Tie Rückkehr aller Trup pen wird acht bis neun Monate beanspruchen. Tie Kontrolle über das Eisenbahnwesen wird noch zwanzig Monate nach dem Friedensschluß und diejenige über die Schifffahrt noch! wah rend fünf Jahren andauern. I I Amerikas Kriegskredite. Ter amerikanische Pressedienst in der Schweiz meldet aus Washington: Nach« dem Bericht Mac Adors haben die Vereinigten Staa ten während des Krieges folgende Kredite ge währt: Belgien 192,5 Millionen Dollars, Frankreich 2445 Millionen Dollars, Griechen land 1570 000 Dollars, Kuba 15 000 Dollars, Großbritannien 3345 Millionen Dollars, Ita lien 1210 Millionen Dollars, Liberia 5 Mill. Dollars, Rumänien 6 666 000 Tollars, Rußland 325 Millionen Dollars, Serbien 12 Mill. Dollars. In Bar wurden außerdem folgende Vorschüsse geleistet: Belgien 173 383 000 Toll. Kuba 1 Million Dollars, Frankreich 1079 Mil lionen Tollars, Großbritannien 3606 Millionen Tollars, Italien 1011 Millionen Tollars, Ruß land 187 729 750 Tollars, Serbien 10 Mill. Tollars. Tie gesamten an fremde Regierungen gewährten Kriegskredite belaufen sich auf 8171756,666 Tollars und die Barvorschüsse auf 7 098114 750 Tollars. Amerika.

Aus neutralen Ländern. Französische Kriegsgefangene in Tänemar. Kopenhagen, 9. Tez. 1200 Franzosen die aus deutschen Kriegsgefangenenlagern in

Helsingfors eintrafen, wurden vom Publikum mit Blumen und Erfrischungen begrüßt. 12 englische Kriegsgefangene trafen aus Teutschland in einem Fischerboote ein. t | 1 i i

Die Reichsfinanzlage. Berlin, 9. TW. Staatssekretär des Reichsschatzümtes Schiffer hielt gestern abends in der Her lelskammer in Berlin einen Vortrag über Deutschlands Finanzlage nnd Steuerpoli tik, in der er u. a. ausführte: Tie erste Frage ist: Wie ist unsere Finanzlage? Die Antwort darauf kann nur lauten: unübersehbar. Im mer wieder ist im Reichsschatzamt versucht wür den, einen Ueberblick über den Steuerbedarf des Reiches zu gewinnen. Wenn der Krieg im Herbst zu Ende gegangen iväre, so hatte man zuletzt im Frühfahr gerechnet, würde der Steuerbedarf des Reiches sich auf 14 Milliarden Mark, der der Einzelstaaten und Gemeinden sich auf 5 Milliarden Mark belaufen haben, zusammen also 19 Milliarden, was einem Mehrbedarf" von 14 Milliarden gegenüber der Friedenszeit entsprochen hätte, wovon 12 Wllttti i'it aus das Reich und 2 Milliarden auf die tälp <r anten und Kommunen entf wä ren. Diese ganze Berechnung N'vl- durch idl' Ereignisse in Scherben geschlagen worden «Tie Aufmachung eines geregelten Finanzlproigrammes jetzt und für die Zukunft ist zunächst ^unmöglich. Eines wissen wir nur vorläufig: Wir leben von der Hand in den Mund. Alles ist unsicher, sicher ist nur der Ruin, wenn es so weiter geht, wie es jetzt getrieben wird. sWir vergeuden Geld durch eine unsachgemäße Staatswirtschaft und wenn auch! nicht etwa die 1800 Millionen Mark, von denen in letzter Zeit so viel die Rede war, in die die Taschen der

neuen Regierungsorgane geflossen sind, so ist es doch ratsächlich sehr viel Geld vergäudet worden. Wir müssen atinten, gerechte Verteilung der ^Arbeitskräfte wird für die Folge eine der iv-ichjiiigsten Au"oben sein. Gehr hoch stand früher jdas Ansetzen des deutschen Wirtschjastslebens rund damit sein Kredit. . Es ist tief traurig, wenn man jetzt hört, daß Bankkredite ge« rkündigt und deutsche Wechsel zurückgewiesen kwerden. Wenn unsere Kreditfähigkeit erschütrfter ist, so besteht auch die Gefahr, daß wir seinen Frieden der rohen Gewalt bekommen .daß wir einen Frieden bekommen, der sich «darauf aufbaut, daß im Lande die ReichsunjNicherheit fortbesteht. Wir müssen Ruhe und ^Ordnung, Recht und Gesetze schaffen nicht bloß |aus politischen, sondern aus finanziellenGrünjs den. Wegen der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse lassen sich keine Steuerprogramme ent[toecfen, sondern nur Steuerbefprechungen. Es [ist! -indessen nicht möglich!, schon jetzt Steuer gesetze zu erlassen. Tazn sind ein Znsammenj| wirken mit den Bundesstaaten, Beratungen mit sämtlichen Interessenten und vor allem die Stimmen der Allgemeinheit, wie sie durch l die Nationalversammlung dokumentiert wird, ' erforderlich. Ein neues Kriegssteuergesetz wird insbesondere unter rückwirkender Kraft von 1914 ab die großen Kriegsgewinne restlos er- fassen, die kleinen Ersparnisse hingegen nach Möglichkeit schonen. Neben der Kriegssteuer wird eine Vermögensabgabe kommen, die sich nicht nur nach! der Verschiedenheit der Obß jekte, vb Bargeld, Wertpapiere, Grundbesitz ° oder Fabrikanlagen, richtet, sondern auch! nach der Verschiedenheit der Subjekte, Alter, nnb? Arbeitsfähigkeit. Bei der Steuerzahlung wird die

Kriegsanleihe eine größere Rolle spielen j als bisher .Es wird möglicherweise bei der. Vermögensabgabe die Zählung in Kriegsanleihe' zur Pflicht gemacht werden, ein Beweis dafür,; welche Sicherheit der Kriegsanleihe beigem#! feit wird und fpie man darauf bedacht ist, ihren > Kursstand zu heben. Ueber weitere direkteSten-' ern erwähnte der Redner eine Anpassung der! Besitzsteuer an die Vermögensabgabe, den Ans^i! bau der Einkommen- und Ergänzungssteuer, r Sodann wird an eine Betriebsstener gedacht,! an eine Kapitalrentenstener, wie sie in ciniq gen Bundesstaaten bereits erhoben wird, und! an den Ausbau der Erbschaftssteuer. Für ink? direkte Steuern nannte der Staatssekretär als! steuerlich zu erfassende Objekte in erster Li-l, nie den Tabak, die Zuckersteuer wird erhöht! werden müssen. Im Grundstückumsatz wird an! Stelle der jetzigen vielafchen Besteuerung eine] freilich mit Erhöhung verknüpfte Vereinfach-! uttig zu treten haben. Bor ajlent aber wird [die Umsatzsteuer eine wichtiges Steuerobjekt bil-> den .Zur Sicherung aller dieser Abgaben wird' eine sehr peinliche Rechitsaufficht erforderlich ' sein. Hohe Strafen werden gegen Steuerveri- j feijfangen festgesetzt werden müssen. Gegen die Steuerflucht werden fester über die bisherigen Anordnungen hinausgehende Bestimmungen ge-' troffen werden. Für die Bankguthaben wird' eine Anzeigelpslicht statuiert werden, die auf die Zeit vor der -Revolution zurückgehen. Alle Steuern, so groß ihre Last auch ist, werden freilich nährt ausreichen, um dem Reich die Tragung der Lasten zu ermöglichen, vielmehr wird eine unmittelbare Besteuerung' des Rei ches im Wirtschaftsleben notwendig sein,

wie wir sie jetzt bereits haben durch den Besitz von Eisenbahnen, durch die Post, Bergwerke und die Beteiligung an dem Stickstoff- und Afaminiumgewinn. So betrachtet, ist die So zialisierung nichts Neues. Tiefe wird freilich nicht unebgrenzt und schiematffch durchgeführt. Tie Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialisierung nur schirittweise durchgeführt werden kann, daß keineExperimente durchgeführt werden und induividuell geprüft werden wird, ob die in Frage kommenden Projekte reif sind oder nicht. Aus geschlossen sind von vorne herein die Ge biete der Ein- und Ausfuhr und der Industrie, deren technische Umbildung tjocfj nicht abge schlossen ist. Ferner eine Konfiskation ohne Entschädigung. Als Monopol kommen vielleicht das Versicherungswesen, die Wasserkräfte,Tei le der elektrischen Versorgung usw. in Betracht. Am Schlüsse Betonte der Staatssekretär, daß es im eigenen Interesse der Feinde liege, uns nicht zu vernichten, denn der Schuldner fanfn nur etwas leisten, freun ihm die Wögli# keit gegeben ist, sich neu zu entfalten. Was uns zu tun übrig bleibt, ist die Erfüllung unserer Pflicht im Interesse von Deutschlands Zukunft, .ii, !: , i ; !

—* Die Weihnachtsferien beginnen Heuer am Freitag, den 20. Dezember nachmit tags und enden mit dem 8. Januar 1919. —* Von einer Operation in München zurückkehrend, erkrankte gestern eine Frau im Auge. Sie mußte von der freiw. Sanitätsko lonne ins hiesige Krankenhaus verbracht wer- den. l!

ihr nicht. Ich! muß fahren!" Eine starre Ent- l schlossenheit stand in Merrets Gesicht. 1 "Bleib, bleib bei

Ministerium für militärische Angelegenheiten teilt mit: Dem Wernehen nach sind in Norddeutschland Land-flhmnleute, welche mit Transporten von Kriegsgefangenen beauftragt waren, Avangswise ent waffnet wvrdn. Tie glatte Durchführung von Gefangenentransporten namentlich ip der heu tigen Zeit verlangt die Bewaffnung der we nigen mit dem Transport beauftragten Solda ten. Die eigenmächtige Entwaffnung seitens unbefugter Personen kann große Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sm Gefolge haben. Das Begleitpersonal von Gefan genentransporten mutz deshalb unter allen Um* Minden im Besitz seiner Waffen belassen werden.

Dingolfing, 9. Dez. (Zum Morde in Ebenjthal.) Bei der Setion der ermordeten 31 Jahre alten Söldnersgattin Johanna Rettenbeck ergab ? ssich, daß der Tod durch, eine Schußwunde er-- | folgte . i [' : , | ! Gangkofen, 8 .Dez. (In der Predigt) be handelte am letzten Sonntag der Prediger in der Pfarrkirche die Trennung von Staat und Kirche. Ein anwesender Zuhörer unterbrach, den Prediger mit Zwischenrufen und Androhung der sofortigen Verhaftung. Mamlmrg, 8. Tez. (Besitzwechsel.) Das jHatndlsche Schloßgut mit Brauerei Rahenhofen ist an Herrn Zierer in Burghausen um 260 000 Mark übergegangen. - ^ i Freyung, 9. Tez. (Feuer.) In derWerkWtte des Holzwarenfabrikanten Pötl inAnnathal.) Bei der Sektion der ermordeten 31Jahre gebrochen .Tie zwei aus Holz erbauten Gebäulichkeiten, wie Maschinen und sämtliche Werkzeuge sind verbrannt. Ter Schaden beMuft sich auf 8000 Mark. , - } } Wk PostkL I !! SSie Franzosen in Mainz. ! : ' Frankfurt a. M., 9. Tez. Tie "Frkf:

Nachrichten" melden aus Mainz: Heute nach-, mittags 2.13 Uhr Zvgen die ersten größeren französischen Formationen in Mainz ein. Tyn Franzosen wurde von der Bevölkerung ein Kühler Empfang zuteil. | ; , t 1 Niederbayerische Nachrichten.

Letzte Posten. I ! ! SSie Franzosen in Mainz. ! : ' Frankfurt a. M., 9. Tez. Tie "Frkf: Nachrichten" melden aus Mainz: Heute nach-, mittags 2.13 Uhr Zvgen die ersten größeren französischen Formationen in Mainz ein. Tyn Franzosen wurde von der Bevölkerung ein Kühler Empfang zuteil. | ; , t 1 1 Verlängerung des Waffenstillstand cd. Berlin, 9. Tez. Wie die "Nordd. Allg. Zig." hört, beginnen die Besprechungen über die 'Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier am 12. Dezember. Das Blatt erfährt weiter, daß die Rheinschiffahrt freigegeben wird. Sie steht Unter der Kontrolle der heute in Köln eingetroffenen interalliierten Echifffahrtskommiffion. , , , > ; j

i Teutsche Werte tn Italien. ' ! Der von Italien mit Beschlag belegte deut sche Besitz <m Juwelen, Werttiteln, Waren und Gebäuden hat einen Gesamtwert von vier Wklliaxben Lire. Italien.